

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— M., für einen Monat 8.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfa. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorkauf 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M.; Reklame-Kolonelle 10.— M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Beratungen in London.

### Die erste Besprechung zwischen Lloyd George und Briand.

London, 20. Dezember. (U.) Lloyd George und Briand hatten am Montag, vormittags um elf Uhr, in der Downing-Street ihre erste Besprechung, d. h. einen Meinungsaustausch, im Verlaufe dessen beide Ministerpräsidenten die Gesamtheit der zur Debatte stehenden Fragen erörterten. Der französische Ministerpräsident war begleitet von Loucheur, Berthelot und einem Dolmetscher. Auf englischer Seite nahmen an der Zusammenkunft Chamberlain und Horne teil.  
Die Besprechungen betrafen Erwägungen allgemeiner Natur der Weltwirtschaftsfrage und der hauptsächlichsten Fragen, die Gegenstand der Besorgung der beiden Minister bilden. So wurde besonders das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Rußlands erwähnt und das der Reparationen. Verschiedene Lösungen wurden ins Auge gefaßt, besonders bildete die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands Gegenstand regen Interesses. Eine Entscheidung wurde in der Angelegenheit nicht getroffen. Der Meinungsaustausch soll fortgesetzt werden.

### Die Haltung der englischen Presse.

London, 18. Dezember. Die gesamte Presse hebt die große Bedeutung der heute vormittag beginnenden Konferenz zwischen Lloyd George und Briand hervor und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen der beiden Premierminister zur Einberufung einer internationalen Konferenz der europäischen Mächte unter Einfluß Deutschlands und Rußlands im nächsten Jahre führen werde. Observer nennt die bevorstehende Konferenz zwischen Lloyd George und Briand die folgenschwerste aller bisherigen. Von ihr hänge nicht nur die Zukunft der Entente, sondern auch die Zukunft Europas ab. Die seit dem Frieden von Versailles verfolgte wahnsinnige Finanzpolitik dürfe von England unter keinen Umständen weitergeführt werden. Das auf dem Friedensvertrag wie ein Wolkenträger errichtete Finanzgebäude sei unumkehrbar zusammengebrochen. Durch seinen Reichskanzler, einen gemäßigten und christlichen Mann, habe Deutschland mitgeteilt, daß es seine Verpflichtungen nicht erfüllen könne. Observer tritt dafür ein, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen ein Moratorium von 3 bis 6 Monaten gewährt wird während deren eine europäische Wollkonferenz eingehende Untersuchungen über die mögliche Leistungsfähigkeit anstellt.

### Rathenau in London.

Rathenau befindet sich erneut in London. Wie der Londoner Berichterstatter der Volkszeitung mitteilt, ist Dr. Rathenau auf Veranlassung der britischen Regierung nach London gefahren. In seiner Begleitung befindet sich der Vorsitzende der deutschen Kriegsgefangenenkommission Fischer.

### Eine englisch-französische Allianz mit Deutschland.

London, 19. Dezember. Der Sonderberichterstatter des Manchester Guardian schreibt zur Frage einer englisch-französischen Allianz mit Deutschland: von französischer Seite verlaute, daß Briand seine Politik im Prinzip festgelegt habe. Briand soll während der letzten Woche tatsächlich sondiert worden sein, ob er ein Dreimächte-Abkommen zwischen Frankreich, England und Deutschland, worin sich zwei Parteien bei einem Angriff der dritten Partei Unterstützung zusagen, als wirksame Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs ansehe.  
Wir registrieren diese Meldung, die unter den jeweiligen geltenden Umständen als das Produkt eines Fieberfrenken anzusehen ist. Der Vorwärts bemerkt dazu: Wir hätten dieser gerabezu märchenhaft klingenden Auslassung keinen Raum gegeben, wenn sie nicht aus einer Quelle stammte, die durchaus ernst zu nehmen ist.

### Die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

**Die Wirkung in Bayern.**  
München, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aufhebung der Reichsausnahmereverordnung vom 28. August hat in Bayern verstimmt, aber nicht im bayerischen Volk, sondern lediglich in der Regierung und in der bekannten Gruppe politischer Drahtzieher, die gern wieder einen „Konflikt“ mit dem Reich heraufbeschwören möchten und deshalb jetzt ihren Protest loslassen. Die parteiöffentliche Korrespondenz der bayerischen Volkspartei betont, daß sich Bayern als getroffen fühlen muß, daß der Reichskanzler sich durch sein Schweigen zum Beschluß des Reichstags unentschuldigbar benommen habe, womit er den letzten Rest von Vertrauen verloren hat. (Er wird es ertragen können!)  
D. Red.) Schließlich wird festgestellt, daß Bayern mit der Aufhebung der Ausnahmereverordnung seine volle Meinungsfreiheit wiedergewonnen habe, die ganze Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit gelte nun wieder auf die bayerische Staatsregierung über, und man habe das Vertrauen zu ihr, daß sie im Bedarfsfalle mit Schärfe von den zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch mache. Es ist hiernach anzunehmen, daß die bayerische Regierung mit

dem Gedanken umgeht, bei nächster sich bietender Gelegenheit neuerdings in Bayern den Ausnahmezustand zu verhängen.

### Die IWSB. über die Einigungsfrage.

An der Sitzung des Bureaus der Internationalen Arbeiter-Gemeinschaft Sozialistischer Parteien, die am 17. und 18. Dezember in Frankfurt a. M. stattfand, nahmen die fünf Bureau-Mitglieder Adler (Oesterreich), Grimm (Schweiz), Ledebour (Deutschland), Longuet (Frankreich) und Wallhead (England) teil. Außerdem waren die Exekutivmitglieder Brade (Frankreich) und Crispin (Deutschland) anwesend. Das Bureau war hauptsächlich zu dem Zwecke einberufen worden, um zu den Beschlüssen des Pariser Kongresses der Sozialistischen Partei Frankreichs vom 2. November d. J. und zu den aus ihnen hervorgegangenen Vorschlägen des französischen Parteivorstandes Stellung zu nehmen. Nach eingehender Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligten, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Das Bureau der IWSB. ist bereit, in seinen späteren Beratungen die Frage der Einberufung einer allgemeinen Konferenz, wie sie in der Resolution der französischen sozialistischen Partei vorgeschlagen wird, zu prüfen, um das in dieser Resolution angestrebte Ziel einer Aktionsgemeinschaft des gesamten Weltproletariats zu verwirklichen. Die Möglichkeit einer derartigen allgemeinen Konferenz wird sich aus den zwingenden Notwendigkeiten des sich immer mehr verschärfenden Klassenkampfes ergeben. Für den Augenblick erscheint als nächster Schritt internationaler Solidarischer Aktion der Vorschlag der französischen sozialistischen Partei, die Einberufung einer Konferenz der proletarischen Parteien jener Länder, die durch die Friedensobsküre von Versailles und St. Germain direkt betroffen sind, als durchaus zweckmäßig. Nachdem in den Verhandlungen der französischen sozialistischen Partei mit der sozialistischen Partei Italiens letztere ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, beauftragt das Bureau der IWSB. die unabhängige Arbeiter-Partei Englands und die französische sozialistische Partei mit der englischen Labour Party (Arbeiter-Partei) wegen einer solchen Konferenz in Verbindung zu treten. Das Bureau der IWSB. nimmt dem Wunsch der französischen sozialistischen Partei bei, diese Konferenz, wenn irgend möglich, in Paris stattfinden zu lassen. Als Hauptgegenstand der Beratungen dieser Konferenz wird vorgeschlagen: „Die ökonomische Lage Europas mit besonderer Berücksichtigung des Problems der Reparationen.“ — Um die Beratungen der Konferenz fruchtbar zu gestalten, soll an alle einzuladenden Parteien zunächst die Anforderung gerichtet werden, auf Grund der ökonomischen Lage ihres Landes ihre Vorschläge zu formulieren. Die Länder, deren Parteien vor allen einzuladen wären, sind: England, Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Holland und die Schweiz.

Das Bureau beschloß sich sodann mit dem Antrag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) eine Aktion gegen das im Werden begriffene „Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten“ in Polen einzuleiten. Nachdem in Jugoslawien ein vollständig barbarisches Ausnahmegesetz gegen proletarische Bestrebungen zustande gekommen ist, wird diese Methode, die die alte bismarckische Nachepolitik des „Sozialistengesetzes“ vollständig in den Schatten stellt, nun zunächst in Polen und in der Schweiz angewendet. Das schweizerische Attentat gegen jede sozialistische Bewegung muß die Volksabstimmung passieren, wenn es Gesetz werden soll. In Polen ist die Gefahr aber deshalb unmittelbar. Das Gesetz sieht die Todesstrafe für ganz geringe politische Delikte vor. Der Charakter des Gesetzes ist so lauscherhaft, daß nicht nur die revolutionären Parteien, allen voran die jüdisch-sozialistischen Parteien, sondern auch der linke, nicht chauvinistische Flügel der WPS. (Polnische Sozialistische Partei) unter das Peil dieser Justizmaschine kommen kann.

Das Bureau der IWSB. wandte sich direkt an den Präsidenten Harding der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Aufforderung, endlich den Genossen Debs, der durch jahrelange Kerkerhaft in seiner Gesundheit auf das ernsteste gefährdet ist, und die andern politischen Gefangenen freizulassen.  
Das Bureau trat sodann in die Beratung organisatorischer Fragen ein. Die Anregung des französischen sozialistischen Kongresses zur Schaffung eines internationalen Informationsdienstes gemeinsam mit den internationalen Organisationen kann im Augenblick noch nicht verwirklicht werden.

Das Sekretariat der IWSB. wurde beauftragt, im Sinne des Beschlusses des französischen Parteitag und der Pariser Fraktionen der IWSB. angeschlossenen Parteien einzuladen, ein internationales Komitee zu bilden. Dieses Komitee soll den Austausch von Dokumenten und Gesandtschaften vermitteln sowie der gemeinsamen Vorbereitung von Gesandtschaften dienen, die gleichzeitig in den Parlamenten der verschiedenen Länder einzubringen wären.

### Übergabe der Schantungbahn an China innerhalb neun Monaten.

Washington, 19. Dezember. (U.) Die chinesischen und japanischen Delegierten haben sich auf einen Entwurf eines Abkommens für die Übergabe der Kiautschou-Finanz-Eisenbahn geeinigt. Die Bahn soll innerhalb neun Monaten an China zurückgegeben werden.

## Menschewist Radek.

Als auf dem Parteitag zu Halle Sinowjew die historische Einstellung der U.S.P. im Gegenjah zu den Geschichtsperspektiven der 3. Internationale darlegte, erklärte er, daß die Formel des Gegenjahres ebenso wie in dem Streit in der russischen Arbeiterbewegung von 1905 zusammenzufassen sei in der Frage: 1847 oder 1849? „1847 will heißen ein Jahr vor der revolutionären Welle, 1849 will heißen ein Jahr nach der revolutionären Welle.“ Die U.S.P., erklärte er dann mit Emphase, sei eingestellt auf das Geschichtsjahr 1849, das heißt sie verneine das Weiterbestehen der revolutionären Situation und sei der Auffassung, daß die Kämpfe des internationalen Proletariats um seine Befreiung zu nächst den Höhepunkt überschritten hätten: Sinowjew polemisierte gegen Crispin und erklärte sodann: „Die Geschichte wird zeigen, ob Sie recht haben.“

Die Geschichte hat gesprochen. Karl Radek macht sich in der Roten Fahne zum Verkünder des historischen Urteilspruches. In zwei Aufsätzen über die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands erklärt er resigniert, daß die Dinge in Rußland nun doch anders gekommen seien, als man vor einem Jahre noch glauben hoffen zu dürfen. Man habe damit gerechnet, daß die revolutionären Aktionen des Weltproletariats sich verschärfen würden, man habe damit gerechnet, daß der Kampf gegen Polen siegreich werde, daß man in unmittelbare Berührung mit der deutschen Grenze käme, um die deutsche Bourgeoisie zu zwingen, „mit uns (den Bolschewisten, D. Red.) ein Kompromiß zu schließen, nach dem wir von der Weltbourgeoisie Produktionsmittel für unsere staatliche Industrie im europäischen Rußland um den Preis der Konzeptionen in den Randgebieten Rußlands . . . bekommen hätten.“

Die U.S.P. war freilich schon in Halle der Auffassung, daß sich der Kapitalismus in Deutschland und auch in den andern Staaten erneut befestigt habe, so daß vorerst die Möglichkeit weiterer Aufstürme des Proletariats gegen die Festung unserer Klassengegner wenig Wahrscheinlichkeit für sich habe. Damals wurden alle diese „menschewistischen“ Äußerungen und Auffassungen verhöhnt und als Verrat an der proletarischen Klasse bezelchnet. Heute resignieren die Bolschewisten, sie rechtfertigen die Auffassung der Menschewisten von vor einem Jahre und gestehen in aller Offenheit zu, daß die Geschichtsperspektiven der menschewistischen Richtung, die auf der Erkenntnis der berechtigten ökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft basierten, die richtigen waren.

Radek erklärt, daß die Möglichkeit für den Übergang zu der höheren kollektivistischen Produktionsordnung in Rußland gegenwärtig nicht gegeben sei. Es sei nicht gelungen, die Nationalisierung der gesamten Produktionsmittel aufrechtzuerhalten.

„Wir müssen deshalb die Wiederherstellung der Klein- und Mittelindustrie auf Grundlage der Verpachtungen zersetzen. Dies wird selbstverständlich auch einen Teil der russischen Bourgeoisie wieder herstellen. Wir sind gezwungen, die Konzeptionen unter weniger günstigen Bedingungen zu erteilen: Wir müssen Konzeptionen in Zentralrußland gewähren, wir müssen den ausländischen Kapital gestatten, die schon vorhandenen Fabriken in Gang zu setzen, anstatt daß es die noch nicht benutzten Produktionskräfte entwickelt. Unsere gegenwärtige Aufgabe ist die Befreiung nur der zentralen Industrieunternehmen in den Händen der Arbeiterregierung. Wir bereiten uns bemüht auf das Zusammenleben mit der Bourgeoisie vor, das zweifellos eine Gefahr für das Bestehen der Sowjetregierung bedeutet, da diese das Monopol der Industrieerzeugnisse gegenüber der Bauernschaft verliert.“

Aber, sagt Radek:  
„Als zehn Jahre nach diesen Betrachtungen Kautskys (daß die russische Revolution der Übergang von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution sei, D. Red.) über die treibenden Kräfte der Revolution die Märzrevolution erfolgte, haben die Führer der proletarischen Avantgarde, die Bolschewiki, da sie sich über den kleinbürgerlichen Charakter der russischen Wirtschaft vollkommen klar waren, bewußt versucht, die Ziele, um die das Proletariat kämpfte, zu beschränken, indem sie nicht den Sozialismus, sondern die Übergangsmassregeln zum Sozialismus auf die Tagesordnung stellten. Die Staatsmaschinen unter die Kontrolle der Arbeiter- und Bauernräte zu bringen, die Nationalisierung der Banken, ohne die Beilegung des kapitalistischen Privatneutums — dies war das Ziel, das Genosse Lenin in seinem Programm im April 1917 aufstellte. Schon nach der Machtergreifung durch das Proletariat und die Bauernschaft verzweigte die Sowjetregierung nicht, die Bourgeoisie zu expropriieren, sondern die Arbeiterkontrolle über die Industrie zu entwickeln und zu organisieren. Die Arbeiterklasse ging aber mit Elementargewalt weiter. Sie ergriff von den Fabriken Besitz und nationalisierte Unternehmen in der Provinz gegen den Willen der Zentralregierung . . .“

Es sei zugegeben, daß die Bolschewisten, wenigstens ihr rechts gerichteter Flügel, zu Beginn der Revolution, in den Jahren 1917 und 1918, Gegner einer unbeschränkten Nationalisierung der Produktionsmittel, der Betriebe, waren. Lenin verwies erst kürz-